

# Rohstoffe für Entwicklung

## Transparenz und Geschäftschancen für deutsche Unternehmen

■ Afrika steht im Fokus von Milliardeninvestitionen der Erdöl-, Erdgas- und Bergbaukonzerne. Die Bewirtschaftung der Rohstoffvorkommen ist weiterhin Afrikas wichtigste wirtschaftliche Aktivität. Die Bedeutung des afrikanischen Rohstoffsektors für die globale Wirtschaft und die einzelnen Staaten haben wir in der letzten Ausgabe der afrika wirtschaft 2012 / 2 beschrieben. In dieser Ausgabe richten wir den Blick auf die Bemühungen der Wirtschaft und speziell deutscher Unternehmen sowie auch der Politik, den Rohstoffsektor transparenter zu gestalten.

### Rohstoffeinnahmen steigen

Die afrikanischen Exporterlöse aus mineralischen und fossilen Rohstoffen machen jährlich in etwa US-\$ 180 Mrd. und fast 80 Prozent der Gesamtexporte aus. Die Devisenreserven haben sich seit 2004 verdreifacht. Die Grundtendenz lautet: Wenn man davon ausgeht, dass der afrikanische Boden geologisch genauso viele Rohstoffe besitzt, wie der in den reichen OECD-Ländern, dann warten in Afrika noch drei Viertel aller Rohstoffvorkommen darauf, entdeckt und bewirtschaftet zu werden. Daher ist wirtschaftliches Wachstum des Rohstoffsektors im Zusammenhang von neuen Projekten bei Exploration und Produktion auch langfristig zu erwarten – sofern die Nachfrage der asiatischen und westlichen Industrien oder eigene afrikanische Entwicklungsprozesse die Bergbauinvestitionen weiter antreiben.

### „Rohstoffreichtum“ irreführend

Damit entsteht für Afrika einerseits ein enormes Finanzierungspotential für die eigene Entwicklung und die Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele (MDG) – weitaus mehr als aus dem Finanzaufkommen der Entwicklungshil-



Von dem letzten Rohstoffboom sind Liberia nur Überreste geblieben. Gibt es heute bessere Voraussetzungen Rohstoffe für Entwicklung zu nutzen? Foto: Neumann

fe. Andererseits führt die Konzentration auf Rohstoffe jedoch vor allem zu einer großen Abhängigkeit und Volatilität. Letzteres wird dadurch unterstrichen, dass in fast allen Ländern Afrikas, bis beispielsweise auf Äquatorialguinea, auf Grund ungünstiger Pro-Kopf-Verhältnisse von Rohstoffen und Bevölkerungsgröße die landläufige Vorstellung von „Rohstoffreichtum“ irreführend ist. Entwicklungspolitisch betrachtet, ist Afrika weitestgehend rohstoffabhängig, aber nicht rohstoffreich. Die Rohstoffabhängigkeit wird meist dann zum Rohstofffluch, wenn die Einnahmen zweckentfremdet oder fehlinvestiert werden. Denn fast alle Länder Afrikas haben seit der Unabhängigkeit die Chancen nicht realisiert, die nur einmal mögliche Umwandlung der natürlichen, nichterneuerbaren Rohstoffe in Geld als Entwicklungskapital zu nutzen. Nur wenige Länder wie Botsuana haben es vermocht, einen langfristigen Nutzen aus dem Rohstoffreichtum zu ziehen. Langfristiges Ziel eines Rohstofflandes

muss jedoch immer die Diversifizierung sein. Denn abgesehen von der Volatilität der Weltmarktpreise, schwächt die Rohstoffproduktion per se andere Wirtschaftssektoren, Rohstoffpreise schwanken und Lagerstätten gehen zu Ende.

### Fokus auf Gute Regierungsführung

Für die deutsche Afrika-Wirtschaft lohnt daher die Beobachtung von zwei Strategie-Prozessen auf internationaler Ebene. Zum ersten wurde die Africa Mining Vision (AMV) 2009 durch die Afrikanische Union (AU) und sämtliche Mitgliedsstaaten verabschiedet. Sie stellt einen Paradigmenwechsel dar, indem sie auf die Rolle des Staates und die Bedeutung von Good Governance fokussiert. In die AMV flossen Erfahrungen aus verschiedenen Bergbaustrategie- und -harmonisierungsprozessen in Afrika ein, und sie kann zukünftig die Rohstoffstrategien afrikanischer Ländern prägen. Angestrebt werden Verbesserungen in der gesamten Rohstoffwertschöpfungskette. Die AMV setzt hier in sämtlichen Pha-

sen an – von der Erkundung und Rohstoffgewinnung über den Handel bis zur Weiterverarbeitung. Zum zweiten wird die Natural Resource Charter (NRC) – aktuell in der Version vom November 2010 – von einer Expertengruppe um den Oxforder Ökonomen Paul Collier als globale Initiative zunehmend auch im Kreis der G8/G20 etabliert. Die NEPAD-Agentur hat sich Anfang 2011 zum Ziel gesetzt, die NRC zur Umsetzung der AMV zu nutzen. Die NRC befindet sich auf dem Weg, ein globaler Standard im Rohstoffsektor zu werden. Es handelt sich um einen offenen Prozess mit wissenschaftlich angeleiteter globaler Bürgerbeteiligung – offen auch für Unternehmen.

#### Ohne Transparenz ist alles nichts

Neben neuen Ansätzen bei Strategie und Regelwerken sind bemerkenswerte Entwicklungen bei der Transparenz in Afrika prägend für das Geschäftsumfeld von heute und morgen. Ohne Transparenz hat sich in den Rohstoffländern Korruption in endemischen Ausmaßen herausgebildet. Auch wenn Fortschritte sogar von Nigeria, dem in den 1990er Jahren fast schon abgeschriebenen größten Ölproduzenten Afrikas, erzielt werden konnten: Ein Rechtsstaat mit funktionierender Strafverfolgung in einem Rohstoffland ist heute in Afrika ebenso selten wie ein prosperierendes Rohstoffland mit gutem öffentlichen Finanzwesen.

#### Nachhaltige Rohstoffversorgung

Auch deshalb ist die Verankerung von Transparenz im Rohstoffsektor Afrikas Bestandteil der „Rohstoffstrategie der Bundesregierung, Sicherung einer nachhaltigen Rohstoffversorgung Deutschlands“ vom Oktober 2010. Im engeren Sinne leiten sich die Handlungsfelder für die Entwicklungszusammenarbeit im Rohstoffsektor aus dem „Entwicklungspolitischen Strategiepapier Extraktive Rohstoffe“ vom September 2011 ab. Die vom Entwicklungsministerium im Jahr



Der weltgrößte Stahlkonzern ArcelorMittal investiert in die liberianische Eisenerzmine in Yekepa und sorgt dabei auch für den Aufbau einer sozialen Infrastruktur. Foto: ArcelorMittal.

#### Beispiel Liberia: Mit Transparenz und Rohstoffgovernance aus der Konfliktfalle

Für das erste BMZ-Projekt zum strategischen Rohstoffgovernance-Ansatz wählte das deutsche Entwicklungsministerium 2009 die Region Westafrika aus. Damit die Geschichte von Staatskorruption, Verarmung, Instabilität und Bürgerkrieg und milliardenschweren VN-Interventionen nicht in Zyklen wiederkehrt – Wissenschaftler sprechen von „Konfliktfallen“ –, ist neben dem Aufbau von Staatlichkeit die Einführung von Transparenz und Beteiligung der Öffentlichkeit ein wichtiger Hebel.

Liberia hat hier eine Vorreiterrolle. Es war nicht nur das erste Land in Afrika, das die EITI-Transparenzkriterien erfüllt hat – es gehörte sogar weltweit zu den ersten Ländern. Zusätzlich hat es ein Transparenzgesetz verabschiedet. Das heißt konkret: Die Regierung macht die Veröffentlichung der Konzessionsverträge auf der EITI-Website und die Offenlegung von Zahlungen zwischen dem Konzessionär und dem Staat zur Verpflichtung. Einzelne Firmen, die nicht oder unzureichend ihre Zahlungen berichteten, wurden bereits mit Geldstrafen belegt. Für die gesamte Privat-

wirtschaft wurde damit der gesetzliche Rahmen für transparentes Wirtschaften und Chancengleichheit geschaffen. Dies gilt für westliche und multinationale Bergbaukonzerne genauso, wie für die in Liberia tätigen chinesischen, indischen und afrikanischen Unternehmen. Alle Zahlen zum Rohstoffsektor sind heute disaggregiert (d.h. firmenbezogen) veröffentlicht, siehe [www.leiti.org.lr](http://www.leiti.org.lr). So wird die Transparenz und demokratische Teilhabe im Post-Konflikt-Land erhöht.

Damit werden die Grundlagen für ein gutes Investitionsklima auf Dauer verbessert. Zudem werden Unternehmen in ihrem gesellschaftlichem Verantwortungsbewusstsein gestärkt. Denn der nach langem Bürgerkrieg geschwächte Staat würde auf sich allein gestellt die Transformation in eine friedliche Entwicklung wahrscheinlich nicht bewerkstelligen können. Weil die Rohstoffunternehmen sich in den über Jahrzehnte laufende Bergbaukonzessionen engagieren werden, werden sie auch die weitere Entwicklung des Landes maßgeblich beeinflussen. Die liberianische Regierung unter der aktuellen Friedensnobelpreisträgerin Johnson-Sirleaf hat zum Ziel, mit derartigen Strategien

innerhalb der nächsten zehn Jahre von Entwicklungshilfe unabhängig zu werden, und den Kreis der ärmsten Länder Afrikas zu verlassen. Das heißt nicht, dass nicht auch in Liberia gerade im Zusammenhang mit der Aushandlung der Konzessionen Korruptionsfälle auf Regierungsebene bekannt wurden. Gleichwohl hat der politische Wille der Regierung, das Land durch Investorenansiedlung wieder aufzubauen, einen realistischen Wachstumspfad eröffnet. Damit dieser Weg erfolgreich wird, braucht es für die Umsetzung Kapazitäten in der staatlichen Verwaltung im Rahmen von kohärenter Gesetzgebung. Der Bergbau-Rechtsrahmen wird derzeit mit Beratung der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) reformiert.

Über die zwischenstaatliche Zusammenarbeit hinaus ist Liberia an Wirtschaftskontakten auch zu Deutschland interessiert. Vor Ort ist die Erinnerung an die Bong Mining Company ausgeprägt. Sie bildete in den 1970er Jahren die größte einzelne Investition in Afrika südlich der Sahara, unter Beteiligung von Thyssen, Krupp und Hoesch. Das deutsche Konsortium beendete seine Aktivitäten im Jahr 1990 in der Anfangsphase des Bürgerkriegs. Derzeit wird die Lagerstätte von China Union wiederhergestellt und ausgebaut. Die Wiederbelebung oder Erschließung von Eisenerzvorkommen bedarf umfangreicher Neuinvestitionen. Seit 2006 hat Liberia US-\$16 Mrd. an Investitionen in 25-jährigen Bergbaukonzessionen eingeworben. Der Unterschied zur liberianischen

Wirtschaftsleistung ohne Rohstoffe mit BIP im Jahr 2010 von US-\$970 Mio. ist dabei eklatant. Dabei ist der Eisenerzboom in den Post-Konflikt Ländern Westafrikas keine Zukunftsmusik. Unter dem Motto „Liberia mines again“ ist der weltgrößte Stahlkonzern ArcelorMittal als erster Großkonzessionär nach dem Ende des Bürgerkriegs mit der Verschiffung von Eisenerz aus Nimba County im September 2011 in die Produktionsphase eingetreten. Durch Aufnahme der Eisenerzförderung stieg die Wachstumsrate des Bergbausektors 2011 auf 160 Prozent (vgl. Landwirtschaft und Fischerei mit 4,3 Prozent, verarbeitendes Gewerbe mit 4,5 Prozent). Der BIP-Anteil des Bergbaus wird von 0,9 Prozent im Jahr 2009 voraussichtlich auf rund 25 Prozent im Jahr 2015 wachsen.

2011 initiierte „Globale entwicklungs-politische Rohstoffinitiative“ (GeRI) zielt unter anderem darauf ab, Rohstoffeinnahmen der Entwicklungsländer für die soziale und wirtschaftliche Entwicklung dieser Länder zu nutzen. GeRI befindet sich im Aufbau und bietet Mitwirkungsmöglichkeiten für die deutsche Wirtschaft insbesondere bei zukünftigen Rohstoffpartnerschaften.

#### Transparenz verhindert Korruption

In der staatlichen Verwaltung der Rohstoffe, insbesondere bei den Finanzströmen, ist Transparenz ein wirkungsvolles Instrument zur Eindämmung von Korruption. Exemplarisch sei dies hier anhand neuer Entwicklungen in vier Feldern dargestellt: Transparenz bei Lizenzverwaltung, Korruptionsbekämpfung, Lieferketten und Finanzströmen.

#### Lizenzverwaltung

Zentrale Voraussetzungen für eine Entwicklung durch Rohstoffe sind die Qualität der Regierungs- und Verwaltungsführung und die Existenz von leistungsfähigen und robusten staatlichen Institutionen. Im Rahmen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit werden afrikanische Rohstoffländer beim Aufbau solcher Institutionen unterstützt. Transparenz erfordert auch geregelte Verfahren für die Vergabe von Erkundungs- und Abbaurechten. Zu den Ländern von morgen wird laut IWF-Prognose unter anderen das westafrikanische Sierra Leone gehören. In den nächsten 15 Jahren sind Staatseinnahmen von US-\$8,5 Mrd. aus den fünf größten bestehenden Bergbauprojekten (Sierra Rutile, Vimetco, London Mining, Koidu Holdings, African Minerals) zu erwarten. Die für 2020 prognostizierten Staatseinnahmen betragen 40 Prozent des derzeitigen BIP.

#### GIZ berät afrikanische Regierungen

Deshalb hat die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) im Auftrag des deutschen Entwicklungsministeriums mit Manage-



Der Bergbausektor in Afrika ermöglicht Know-how-Transfer und lokale Beschäftigung.  
Foto: ArcelorMittal



ment- und Netzwerkberatung sowie einer IT-Lösung eines der transparentesten Lizenzsysteme Afrikas aufgebaut. Über Zahlungsabgleiche mit der Steuerverwaltung wurden Verwaltungslücken für Korruption und Einnahmehinterziehung wesentlich verringert und die Staatseinnahmen erhöht. Seit Januar 2012 sind die Kerndaten über die Bergbaukonzessionen nicht nur für staatliche Stellen, sondern auch für die Rohstofffirmen und die Öffentlichkeit zugänglich: <http://sierraleone.revenue-systems.org>. Sierra Leone hat damit zum ersten Mal in der Bergbaugeschichte des Landes einen annähernd vollständigen Überblick über sein Konzessionsmanagement. Auch interessierte deutsche Unternehmen können sich damit über potentielle Lieferanten und ihre Legalität informieren. Das erleichtert Investitionen. Aber auch bei Handelsbeziehungen ist es nun bereits aus der Ferne einfacher möglich zu prüfen, ob

potentielle Lieferanten deutscher Firmen gesetzliche Verpflichtungen des Gastlandes erfüllen. Damit werden nicht zuletzt die Reputationsrisiken für das beziehende deutsche Unternehmen gesenkt. Außerdem stehen weitere PPP-Mittel der Entwicklungszusammenarbeit für deutsche Unternehmen zur Verfügung. Beispielsweise, wenn diese eine langfristige Lieferbeziehung eingehen wollen, in dem sie Kapazitäten des Lieferanten durch Ausbildung und Know-how-Transfer aufbauen.

#### Korruptionsbekämpfung

Das UN-Übereinkommen gegen Korruption (UNCAC) von 2005 ist heutzutage flächendeckend in Afrika ratifiziert, weltweit insgesamt von 159 Staaten. Deutschland hat diesen Schritt noch nicht vollzogen. Angesichts der breiten internationalen Allianz wird diese Konvention über kurz oder lang allerdings auch für Unternehmen mit Sitz

in Deutschland unmittelbare Relevanz im Afrika-Geschäft haben. Die UNCAC-Staaten verpflichten sich zur Bestrafung der Korruption gegenüber Amtsträgern und zur internationalen Zusammenarbeit.

#### Lieferkette und Ursprungsnachweis

Das US-Bundesgesetz „Dodd-Frank Act“ von 2010 fordert von allen an der US-Börse gelisteten Firmen Auskunft darüber, ob in ihren Lieferketten Rohstoffe aus Zentralafrika enthalten sind und ob diese konfliktfrei sind. Angesichts von global sehr komplexen Lieferketten ist die Herausforderung für die Industrie so groß, dass alternative Beschaffungsquellen gesucht werden. Am Beispiel von Tantal, einem für die Elektronikindustrie wichtigen Rohstoff, hat die Deutsche Rohstoffagentur (DERA) kürzlich untersucht, welche Auswirkungen der Wegfall von Erzlieferungen aus Zentralafrika hätte. Diese sind eher gering.



## LOGISTICS UNLIMITED

**Auf jede logistische Herausforderung gibt es eine intelligente Antwort.** Mit dieser Einstellung haben wir schon so manches Projekt realisiert, das anderen unmöglich erschien. Denn als Spezialist für Seefracht, Luftfracht und industrielle Projektlogistik denken wir schon seit 160 Jahren lösungsorientiert und kreativ. So können wir Ihnen heute weit mehr bieten als den üblichen Standard: langjährige Expertise, exzellente weltweite Verbindungen, moderne IT-Systeme, ökologische Verantwortung und unseren ansteckenden Teamgeist. [www.rohlig.com](http://www.rohlig.com)

Creating chains of trust.

**Röhlig**  
LOGISTICS

Ursprungsnachweise können jedoch unbeabsichtigte schädliche wirtschaftliche und entwicklungspolitische Folgen haben. Denn es hat sich bereits gezeigt, dass die Einführung von Transparenz bei Warenströmen und durch Zertifizierungen de facto Embargos für bestimmte Produzentenländer wie dem Kongo durchsetzt. Dabei verlieren gerade im Kleinbergbau mit Millionen von Abhängigen breite Bevölkerungsgruppen ihre einzige Einkommensquelle. Als weiterer Nebeneffekt wurde der illegale Handel mit afrikanischen und asiatischen Abnehmern, für die direkte Wirtschaftsbeziehungen mit den USA nicht relevant sind, stimuliert. Die genaueren Bestimmungen über die US-Anforderungen an Unternehmen werden derzeit erarbeitet.

#### US-Gesetze fordern Offenheit

Außerdem müssen die Unternehmen nach dem US-Gesetz Transparenz schaffen, indem sie über ihre Zahlungen an ausländische Regierungen Bericht erstatten. Dadurch wurde auch die Debatte über die Änderung der internationalen Rechnungslegungsstandards (IFRS) verstärkt. Besondere Relevanz hat dabei die Aufschlüsselung der Rechnungslegung nach Ländern (Country by Country Reporting), was das Ende für bestimmte Steuervermeidungspraktiken bedeuten kann. Die EU diskutiert eine europäische Variante dieser US-Regelung.

#### Zahlungstransparenz

Im letzten Jahrzehnt hat sich der bislang international bedeutendste Transparenzstandard im Rohstoffsektor gebildet. Die Ausgangspunkte schufen Kampagnen wie „Publish What You Pay“. PWYP will Rohstoffunternehmen verpflichten, alle Zahlungsbewegungen an Regierungen detailliert zu berichten. Sie besteht aus einer globalen Allianz von über 650 Mitgliedsorganisationen. Das Sekretariat ist getragen von der Open Society Foundation des Finan-



*Transparenz im Rohstoffsektor ist das zentrale Ziel der EITI und seines Gründers Peter Eigen. Foto: EITI*

zinvestors George Soros. International kampagnenfähige Nichtregierungsorganisationen wie Global Witness, Revenue Watch Institute und Oxfam gehören zu den Unterstützern.

#### EITI bringt alle an einen Tisch

Nicht zuletzt auf den Druck von PWYP bildete sich 2003 die „Initiative für Transparenz in der Rohstoffwirtschaft“ (EITI). Damit wurde eine Zusammenarbeit aller Interessensgruppen auf staatlicher, unternehmerischer und zivilgesellschaftlicher Ebene notwendig, genannt: Multi-Stakeholder-Ansatz. Mittlerweile kann EITI in der Kombination von freiwilliger Selbstverpflichtung der Rohstoff-Regierungen und der Kooperation von Rohstoffunternehmen und Nichtregierungsorganisationen vorher ungeahnte Erfolge erzielen. In der Amtszeit des deutschen Vorstandsvorsitzenden von 2006 bis 2011, Peter Eigen, der zuvor bereits Transparency International gegründet hatte, entwickelte sich EITI zu einer relevanten internationalen Organisation. Ziel ist es, anhand von 18 Kriterien zu Zahlungsabgleichen zwischen Rohstofffirmen und Regierungen, die Einnahmehasis der öffentlichen Hand zu stärken und Zugangsmöglichkeiten

zu Informationen für Bürger zu schaffen. Es hat sich gezeigt, dass gerade in dem neuartigen Zusammenspiel von Regierung, Wirtschaft und Öffentlichkeit die Korruption bekämpft und entwicklungsorientiertes Regierungs- und Verwaltungshandeln eingeübt werden kann. Dort wo Kontrollinstanzen wie Bergbauministerien, Finanzbehörden, Rechnungshöfe, Umweltbehörden, und Parlamente noch nicht ausreichend in ihren einzelnen Mandatsfeldern und in ihrem Zusammenwirken funktionieren, kann EITI die Rolle eines Katalysators ausfüllen.

#### Deutschland fördert EITI

Deutschland unterstützt EITI auf globaler Ebene und beispielsweise in der bilateralen Zusammenarbeit mit Ghana, der Demokratischen Republik Kongo, Liberia, Mali, Mosambik, Sierra Leone sowie der Zentralafrikanischen Wirtschafts- und Währungsgemeinschaft (CEMAC). Umgesetzt werden die Programme von der GIZ, in Kongo-Kinshasa gemeinsam mit der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR). Auf globaler Ebene unterstützen auch deutsche Konzerne die Transparenzinitiative, darunter die RWE AG und die KfW Bankengruppe. Hinzu kommen Investmentfonds wie die Allianz Global Investments Europe mit einem Anlagevermögen von insgesamt über 16 Billionen USD.

#### EITI erhält Zuwachs

In Afrika wollen in den nächsten Jahren weitere 15 Länder die Kriterien von EITI erfüllen. Das erforderliche Transparenzniveau, den „compliant status“, erreicht haben bereits Liberia, Ghana, Mali, Mauretanien, Niger, Nigeria und die Zentralafrikanische Republik. Dieser EITI-Status bedeutet jedoch nicht, dass unter Umständen für die öffentliche Hand nachteilige Bergbauverträge mit niedrigen Einnahmen von den Regierungen abgeschlossen wurden, oder dass keine Misswirtschaft der Rohstoffe-

innahmen stattfindet. EITI beleuchtet nur einen – wenn auch zentralen – Ausschnitt in der langen Entscheidungskette der Rohstoffbewirtschaftung.

### Ghana mit Vorreiterfunktion

Bekanntnis und Wille zur Transparenz sind in Afrika unterschiedlich ausgeprägt. Länder wie Äquatorialguinea und São Tomé und Príncipe nahmen die Umsetzung von EITI in Angriff, konnten jedoch den internationalen Aufsichtsrat nicht von der Ernsthaftigkeit ihrer politischen Bemühungen überzeugen und wurden von der Liste der Kandidatenländer mittlerweile gestrichen. Das wichtige Rohstoffland Angola sah sich bislang weder innenpolitisch noch extern veranlasst, sich EITI anzunähern. Aber auch die kontinentale Führungsmacht Südafrika hat sich bislang ins Abseits gestellt. Hingegen veröffentlichten die Nachzügler Burkina Faso, Madagaskar, Mosambik, Tansania und Sambia 2011 ihre ersten EITI-Berichte. Senegal meldete sich im März 2012 an. Die EITI-Länder sind relativ frei darin, die Intensität und Breite der Transparenz selbst zu bestimmen. So kann flexibel auf die spezifischen politischen Herausforderungen des Rohstoffsektors reagiert werden. Liberia berichtet seit 2009 nicht nur zu den Einnahmen aus dem Sektor der mineralischen Rohstoffe, sondern auch zu den Sektoren Erdöl, Landwirtschaft und Forst. Letzterer spielte eine unrühmliche Rolle in der Finanzierung des Bürgerkrieges. Ein anderes Beispiel ist Ghana. Es veröffentlicht die Zahlungen auf subnationaler Ebene an kommunale Regierungsstellen. In Verbindung mit dem Aufbau einer effektiven Steuer- und Finanzverwaltung kann EITI weitreichende Wirkungen erzielen. In Ghana beriet die GIZ den Aufbau eines Rohstofffonds. In diesen fließt ein Teil der neuen Öleinnahmen, womit zum einen die Stabilität des Staatshaushalts und zum anderen der Ausgleich zwischen den Generationen gefördert werden

soll. Mali ging über die Aufschlüsselung des Zahlungsabgleichs nach Firma und Zahlungsart hinaus und berichtete sogar bezogen aufs einzelne Bergbauprojekt. Teilweise sind die fiskalischen Dimensionen enorm. In Nigeria wurden über EITI noch im Fiskaljahr 2005 rund US-\$ 800 Mio. an Zahlungsdiskrepanzen ausgewiesen zwischen dem, was Unternehmen an Zahlungen an den Staat angegeben hatten, und dem, was der Staat als Einnahmen verzeichnete. Nigeria ist nach einer mehrjährigen konzentrierten Kraftanstrengung nun seit 2011 EITI-konform. Die durch EITI erreichte Transparenz reicht zwar alleine nicht aus, Korruption und Misswirtschaft zu verhindern. Aber erst die Veröffentlichung der Finanzinformationen schafft die Voraussetzung dafür, dass die Bürger vom Staat Rechenschaft über die Einnahmen aus dem Rohstoffsektor einfordern können. Erst wenn die Rohstoffeinnahmen in den Staatshaushalt fließen, können Parlamente und demokratisch legitimierte Funktionsträger die Finanzen verfolgen und Prioritäten für das Haushaltsbudget und öffentliche Investitionen bestimmen.

### Deutsche Wirtschaft kann profitieren

Für die deutsche Wirtschaft gibt es den positiven Effekt, dass, wenn die Rohstoffeinnahmen verstärkt in die afrikanischen Haushalte fließen, die Ausgaben in der Regel MDG-relevant erfolgen. Das bedeutet auch für die deutsche Wirtschaft verstärkt Geschäftschancen in den Bereichen Infrastruktur, Gesundheit, Bildung und Wasser.

### EITI bietet umfangreiche Informationen

EITI-Berichte geben wertvolle Empfehlungen zur Verbesserung der Finanzadministration und der Kooperation zwischen Privatsektor und Staat. Darin werden in manchen Ländern auch die Bergbauabkommen und die firmenbezogenen Zahlungen an die Regierungen veröffentlicht. Dies verbessert durchaus auch die Informationsgrundlage

für deutsche Unternehmen, die in diesen Ländern tätig sind oder Geschäfte anbahnen wollen.

### Institutionen sind fundamental

Ungeachtet des Erfolgs der Initiative ist zu betonen, dass Transparenz nicht alleine zu guter Regierungsführung und verantwortlichem Umgang mit Rohstoffeinnahmen führt. EITI entfaltet dort ihren vollen Nutzen, wo geeignete institutionelle Rahmenbedingungen bestehen. So kann Transparenz von „nur“ den staatlichen Einnahmen unzureichend sein, wenn Bergbauverträge schlecht verhandelt, Genehmigungsverfahren oder Vereinbarungen fehlerhaft, Ausgabenpolitik und Leistungserbringung ineffizient oder keine öffentliche Diskussion über die Verwendung von Rohstoffeinnahmen stattfinden kann.

### Gemeinsames Vorgehen

Beim Thema Transparenz hat sich in den letzten Jahren eine breite Basis von übereinstimmenden Interessen gebildet. Nicht nur innerhalb der Transparenz-Szene der Nichtregierungsorganisationen, sondern auch zwischen Regierungen einer zunehmenden Anzahl afrikanischer Staaten, Bergbauinvestoren, afrikanischen Bevölkerung, deutschen Unternehmen und deutscher Politik. Denn politische Stabilität und offene Märkte durch gute Regierungs- und Verwaltungsführung sind nicht zuletzt wichtige Faktoren im Hinblick auf die Geschäftschancen deutscher Unternehmen in Afrika und die Sicherheit der Rohstoffversorgung für die importierende Industrienation Deutschland.

\_autor

**Lutz Neumann**, Projektleiter „Rohstoffgovernance Westafrika“ von 2009 bis 2012, Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH.

Der Artikel stellt die persönliche Meinung des Autors dar.